

# Sozialdemokratischer PresseDienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408  
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 848-48 ppbn d

## Inhalt

Heinz Kreutzmann MdB  
hält die "Manifest"-  
Veröffentlichung im  
"Spiegel" für zu hoch  
gegriffen

Seite 1-2

Frank Haenschke for-  
dert, das Bundesdaten-  
schutzgesetz offensiv  
in die Praxis umzu-  
setzen

Seite 3-4

SPD-Landesgeschäfts-  
führer Paul Leo Giani  
sieht hessische SPD  
in der Offensive

Seite 5-6

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
PresseDienst GmbH  
Kölner Straße 108-112,  
5300 Bonn-Bad Godesberg  
Telefon: (0 22 21) 37 68 11

33. Jahrgang / 6

9. Januar 1978

### Manifest voller Fragen

Die "Spiegel"-Veröffentlichung hat zu hoch gegriffen

Von Dr. Heinz Kreutzmann MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Bundestagsausschuß für inner-  
deutsche Beziehungen

Die Auseinandersetzungen um das Manifest des sogenannten Bundes demokratischer Kommunisten, das im "Spiegel" veröffentlicht wurde, halten an. Die harten Reaktionen, die das DDR-Regime gegenüber dem "Spiegel" getroffen hat, machen deutlich, daß das Manifest eine ganze Reihe von schwachen Stellen der SFD bloßgelegt hat. Niemand wird es auch als ein billiges und primitives Machwerk abtun können. Der "Spiegel" hat sich dennoch um einen Teil der Wirkung dieser Veröffentlichung gebracht, indem er sie mit solch bombastischen Arabesken wie "Bruch in der SED" garnierte und den Anschein zu erwecken versuchte, als handele es sich hier um Spitzenfunktionäre der SED und des DDR-Staatsapparates, aber nach einigem Drängen die Karten auf den Tisch zu legen, nur noch von ehrenamtlichen SED-Funktionären sprach. Es stellt sich auch die Frage, ob es klug vom "Spiegel" war, das Ganze mit einem so un-

kritischen Vorspann zu versehen und damit auch noch Herbert Wehners Namen in Berührung zu bringen.

Man verstehe uns richtig: Wir zweifeln nicht daran, daß es SED-Funktionäre und -Mitglieder geben mag, die im stillen Kämmerlein solche Gedanken denken. Ob man daraus gleich einen "Bruch in der SED" konstruieren kann, steht auf einem anderen Blatt. Man wird uns diese Feststellung seitens der Opposition wieder als die gewohnte Leisetreterei und Feigheit auslegen. Wer jedoch jahrelang nahezu ständig mit dem Abschürungsprozeß an der Grenze zur DDR konfrontiert war und dann erlebte, wie sich die menschlichen Begegnungsmöglichkeiten verbesserten, Familienzusammenführungen Fortschritte machten und die Zufahrt nach Berlin besser wurde, weiß, was wir riskieren, wenn wir nur dauernd auf die Pauke hauen. Man mag sich in manchen Kreisen der Bevölkerung Beifall holen, wenn man es denen dort drüben öfter einmal kräftig zeigt. Den Menschen, die ehrlich unter der Trennung leiden und das sind mehr als man gemeinhin annimmt und zugibt, nützt man damit gar nichts. Sie treibt man in die Resignation.

Das ändert nichts an der Notwendigkeit, sich mit den in dem Manifest aufgeworfenen Fragen auseinanderzusetzen. Dabei ist es schwer, mit jemanden zu diskutieren, den man nicht kennt und der sich aus verständlichen Gründen nicht offenbaren kann. So müssen die Fragen gewissermaßen in den luftleeren Raum hineingestellt werden. Vor allem die Frage, die wohl die Kernfrage des Ganzen ist: Wie stellen sich die Verfasser wohl die Verwirklichung ihrer Konstruktionen in der Deutschlandpolitik vor, die übrigens gar nicht so neu sind, solange eben beide deutsche Staaten Eckpfeiler ihrer Bündnissysteme sind. Glauben sie, daß auch nur eine Chance besteht, daß beide Bündnissysteme, so lange die Machtverhältnisse so sind, wie sie sind, den Deutschen die Rolle eines Bindegliedes oder gar eines Mittlers zwischen den Blöcken mit dem damit verbundenen Gewicht zugestehen? Niemand von uns hat nicht einmal in den fünfziger Jahren Träume wie diese aus der Verzweiflung des Kalten Krieges heraus geträumt. Aber inzwischen sind zwanzig Jahre und mehr vergangen. Die Welt hat mit der deutschen Teilung leben gelernt und die Blöcke sind in sich beweglicher geworden. Sie sind aber dabei Realitäten, die man nicht mit einigen kühnen Gedanken aus den Angeln heben kann, sondern deren Charakter sich erst in langwierigen Erosionsprozessen verändern wird.

Das heißt jedoch nicht, daß es total verboten sein soll, in diesem Entwicklungsprozeß zu denken. Es würde sicherlich auch der SED mehr nützen, wenn sie über manches was in dem Manifest gesagt wird, nachdenken würde, statt hier mit harter Hand zu reagieren. Dabei ist es durchaus sekundärer Natur, von wem das Manifest stammt, ob von Kommunisten oder solchen, die es nicht mehr sind. (-/9.1.1978/va-he/ju)

Ein Gesetz das jeder achten muß

---

Einige Gedanken zum Inkrafttreten des Bundesdatenschutzgesetzes

Von Prof. Dr. Frank Haenschke

Vorsitzender der Arbeitsgruppe Datenschutz des Ausschusses für

Inneres beim Parteivorstand der SPD

Das Grundgesetz erklärt die Würde des Menschen und die freie Entfaltung der Persönlichkeit zu elementarsten Grundsätzen unseres Gemeinwesens. Aber eine hochentwickelte Massengesellschaft, in der ökonomische und politische Macht als Wert an sich gelten, tut sich schwer, Individualität als ihre unantastbare Grundlage anzuerkennen und sie vor Ausspähung und Manipulation mit allen Mitteln zu schützen.

Diese Schwierigkeit muß man vor Augen haben, will man das soeben in Kraft getretene Bundesdatenschutzgesetz gerecht würdigen. Die Geschichte dieses Gesetzes ist eine Geschichte voll Anfechtungen; denn für manchen gilt die Sicherung immaterieller Lebensqualität ungleich weniger als materielle Daseinsvorsorge. Noch immer wird über die durch dieses Gesetz entstehenden Kosten geklagt, über Kosten für die Erhaltung von Freiheit.

So mancher mag Hoffnungen haben, daß ein Gesetz, das bisher stets heftig kritisiert und kaum nur leise verteidigt worden ist, am Ende auch nicht ernstgenommen werden dürfte. Und leider hat der Staat solche Hoffnungen noch genährt: Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz ist ein halbes Jahr überfällig und in den meisten Bundesländern fehlen die seit Beginn des Jahres vorgeschriebenen Aufsichtsbehörden.

Es ist die höchste Zeit, damit anzufangen, das Bundesdatenschutzgesetz offensiv in die Praxis umzusetzen! Zum ersten Male haben unsere behördlich verdateten und informationell vermarkteten Bürger umfassende Schutz- und Abwehrrechte gegen die Überlegenheit der über sie Wissenden. Zum ersten Male darf der Wert einer Information über Menschen nicht mehr allein von dem bestimmt werden, der über sie verfügt. In Zukunft muß der Wert solcher Informationen am Interesse der Betroffenen gemessen, dadurch relativiert und gegebenenfalls eingeschränkt werden.

Zugegeben: Viel Mühe wird notwendig sein, um die Bürger über Sinn und Handhabung ihrer neuen Rechte aufzuklären. Es ist zu befürchten, daß viele verständnislos und vielleicht sogar ärgerlich reagieren, wenn sie in den nächsten Monaten darüber benachrichtigt werden, daß diese und jene Stelle über sie Daten gespeichert haben. Zunächst werden wohl nur Post und Papierkorb von der neuen Transparenz des Informationsgeschehens profitieren. Und wer wird nachfragen, was über ihn gespeichert ist, wenn abschreckend hohe Gebühren für die Auskunft verlangt werden?

Es wird viel Aufklärung brauchen, die Leute davon abzuhalten, allzu großzügig Erklärungen zu unterschreiben, die das Bundesdatenschutzgesetz außer Kraft setzen und die mit der Erklärung abgegebene Information zum Freiwild machen sollen. Ein Bewußtsein dafür, daß nur die für den jeweiligen Zweck unbedingt erforderlichen Daten erhoben und weiter-

gegeben werden sollten, muß sich erst entwickeln. Erst wenn man weiß, daß moderne Informationssysteme nichts vergessen, daß mit ihnen Informationen beliebig verschoben, vielfältig umgeordnet und ausgewertet werden können, wird man sich so spärlich wie möglich offenbaren und das Schicksal der eigenen Daten so weit es geht selbst bestimmen wollen.

Das Bundesdatenschutzgesetz verlangt die Achtung der "schutzwürdigen Belange der Betroffenen". Über diesen und andere unbestimmte Rechtsbegriffe im Gesetz hört man oft Klagen. Aber: Das Bundesdatenschutzgesetz ist das Basisgesetz für ein neu entstehendes Rechtsgebiet. Hier sind die Rechtsgrundsätze und das Instrumentarium für den Schutz der Persönlichkeit in der Computergesellschaft zusammengestellt. Auch das Grundgesetz unternimmt nicht, "die Würde des Menschen" allgemein und allzeit verbindlich zu definieren. Und: "Individualsphäre", "Privatsphäre" - oder wie auch immer man das Schutzobjekt des Gesetzes betiteln mag - kann nicht in das Schwarz-Weiß-Muster einer gegebenen Menge computerisierbarer Begriffe gepresst werden. Im Gegenteil, das Bundesdatenschutzgesetz will der Normierung von Menschen einen Riegel vorschleiben!

Gerade weil das Bundesdatenschutzgesetz ein Basisgesetz ist und somit den Willen des Gesetzgebers im Grundsatz ausdrückt, wird man es auch dann nicht vollständig umgehen können, wenn die Einwilligung des Betroffenen oder andere Rechtsvorschriften im Detail einen vom Buchstaben des Gesetzes abweichenden Umgang mit personenbezogenen Daten erlauben. Auch derjenige wird die Rechnung ohne die Dritte Gewalt machen, der die Ausnahmeregelungen des Bundesdatenschutzgesetzes beispielsweise bei der Auskunftserteilung extensiv für sich zu nutzen trachtet.

Ob man es mag oder nicht, man wird in Zukunft das Bundesdatenschutzgesetz achten müssen. Auch für den Informationsverarbeiter bringt es nicht nur neue Pflichten, sondern neue Chancen. Es bringt eine Gelegenheit, kostspieligen Datenballast über Bord zu werfen und die Anstrengungen zur Datensicherung gleichzeitig zu vernünftigerer Datenorganisation zu nützen. Zudem müßten die Datenbestände unter den kritischen Augen der Betroffenen auch zuverlässiger werden. Sogar Arbeitsplätze werden durch das Bundesdatenschutzgesetz geschaffen: Man braucht neue Hardware und Software, Datenschutzbeauftragte. All dieser Aufwand ist nicht sinnlos. Der Gewinn heißt Erhaltung von Freiheit!

"Die Gefahr für die Freiheit liegt in der Unterwerfung der öffentlichen Meinung unter die Erfordernisse des Industriesystems", über diese Mahnung von John Kenneth Galbraith sollte man künftig erst einmal nachdenken, ehe man Gesetze wie das Bundesdatenschutzgesetz belächelt oder gar beschimpft. Dem Bundesbeauftragten für den Datenschutz wünschen wir eine glückliche Hand bei der kritischen Begleitung dieses von sozialliberalem Geiste geprägten Gesetzes.  
(-/9.1.1978/va-he/ja)

+ + +

## Handlungsfähig und handlungsbereit

-----  
Die hessischen Sozialdemokraten in der Offensive

Von Paul Leo Gianl

Landesgeschäftsführer der SPD Hessen

"Hessen bleibt sozial und frei" - mit diesem Versprechen beginnt die SPD das so wichtige Landtagswahljahr 1978 - selbstbewußt und offensiv.

Gut ein Jahr nach dem Amtsantritt von Holger Börner als Ministerpräsident und drei Monate nach seiner Wahl zum Landesvorsitzenden ist die Partei handlungsfähig und handlungsbereit, zwei Kennzeichnungen, die auch in anderen politischen Lagern und bei neutralen Beobachtern als das "offene Erfolgsgeheimnis der hessischen Sozialdemokraten" gelten. Diese Anerkennung wiegt umso schwerer, als die Schwierigkeiten, die Partei und Regierung durchlebten, Schlagzeilen machten und der Kontrast nun umso auffälliger ist.

Die hessischen Sozialdemokraten haben als erste der drei im Landtag vertretenen Parteien die 55 Wahlkreiskandidaten aufgestellt. Als erste werden sie am 11. März dieses Jahres in Wiesbaden die Landesliste und das Regierungs- und Wahlprogramm verabschieden, das am 13. Januar in der Landeshauptstadt der Öffentlichkeit vorgelegt wird.

Zum Jahresbeginn hat Holger Börner als Landesvorsitzender mit einem persönlichen Brief an alle 145 000 Mitglieder der SPD in Hessen den Auftakt gesetzt für eine Mobilisierungskampagne im Landtagswahljahr. Beigefügt ist ein Sympathie-Aufkleber in den Landesfarben rot-weiß; besonderes Kennzeichen: schwungvolle Aufstiegskurve mit dem roten Löwen.

Diese Situationsbeschreibung, gekoppelt mit den jüngsten Umfrageergebnissen über die Beliebtheit des Ministerpräsidenten bei der hessischen Bevölkerung (50 Prozent der Befragten wünschen Börner als Ministerpräsidenten) zeigt, daß die Voraussetzungen gut sind für die schon im letzten Jahr eingeleitete landespolitische Offensive der Sozialdemokraten.

Im Jahre 1977 wurden alle wichtigen landespolitischen Felder besetzt und in mehreren Landtagsdebatten Monat für Monat die sozialdemokratischen Lösungsvorschläge dargestellt und in Absprache mit dem Koalitionspartner verwirklicht. Dies betraf vor allem sechs Schwerpunkte:

- Sicherung der Arbeitsplätze,
- innere Sicherheit,
- Fortsetzung der Bildungsreform,
- soziale Sicherheit,
- Schutz der natürlichen Umwelt,
- gesunde Staatsfinanzen.

Auf allen Gebieten sind wichtige Stationen erreicht. Einige wichtige Fakten und Zahlen können dies am besten erläutern:

**Sicherung der Arbeitsplätze:** Mehrere Konjunkturprogramme der Bundesregierung wurden mit Mitteln aus dem hessischen Landeshaushalt ergänzt. 1977 erreichte das siebente Programm bundesweit einen Umfang von 16 Milliarden Mark. In Hessen wurden für Zukunftsinvestitionen insgesamt eine Milliarde Mark vorgesehen. Zusätzliche Sonderprogramme belebten den Arbeitsmarkt.

**Der Erfolg:** 1976/77 stieg das Brutto-Inlandsprodukt in Hessen real um 5,9 Prozent. Der Bundesdurchschnitt lag bei 5,5 Prozent. Die Arbeitslosenquote betrug Ende Oktober 1977 im Bund 4,2 Prozent, in Hessen dagegen 3,6 Prozent.

**Innere Sicherheit:** Mit durchschnittlich einem Polizeibeamten auf 394 Bürger liegt Hessen hinsichtlich der Polizeidichte in der Spitze der Bundesländer. 1:400 ist das Verhältnis, das derzeit allenthalben angestrebt wird. Diese Verbesserung in Hessen kostete Geld. 1970 gab Hessen 207,70 Millionen Mark für seine Polizei aus - 1977 waren es 632,0 Millionen Mark.

**Fortsetzung der Bildungsreform:** Trotz vieler Widerstände wurden wichtige Erfolge in der Bundesrepublik erzielt. Mehr Lehrer und kleinere Klassen führten im Grundschulbereich zu einer Schüler-Lehrer-Relation von 30 : 1. 51,5 Prozent aller Schüler der Klassen 5 und 6 besuchen inzwischen die Förderstufe. Das 10. Schuljahr wird für alle Schülerinnen und Schüler eingeführt, die weder eine weiterführende Schule besuchen, noch in einer Lehre stehen. Knapp 14 Schüler hat nun noch eine Sonderschulklasse. Die Situation der bestehenden integrierten Gesamtschulen wurde verbessert. Das Land zahlt ab 1978 Beförderungskosten für alle Schüler bis zum 10. Schuljahr. Die Anpassung der Hochschulgesetze an das Hochschulrahmengesetz läuft. Die Rahmenlehrpläne werden gesetzlich abgesichert.

**Soziale Sicherheit:** 27 Rettungsdienst-Leitstellen in ganz Hessen sind ab 1. Januar 1978 zu jeder Zeit erreichbar. Anerkennung und Stärkung des ehrenamtlichen Elements beim Rettungsdienst, flächendeckende Versorgung und öffentliche Verantwortlichkeit sind hier die Prinzipien sozialdemokratischer Politik. Kostensenkungen im Gesundheitswesen, Kostenprüfungen in den Krankenhäusern brachten ein besseres Verhältnis von Kosten und Leistungen. Mobile Krankenpflege-Stationen bringen eine bessere medizinische Versorgung vor allem auf dem flachen Lande. Sportförderung und Gemeinschaftshäuser trugen weiter zur Verbesserung der sozialen Infrastruktur in unserem Lande bei.

**Gesunde Staatsfinanzen:** Hessen ist am Jahresanfang - trotz anhaltender Konjunkturlaute - in der Lage, die Investitionen im Haushalt 1978 um 25 Prozent, das sind rund 600 Millionen Mark, zu steigern. Für Schulbauten werden zusätzliche 100 Millionen Mark und damit insgesamt 325 Millionen Mark zur Verfügung stehen.

In den sieben Plenarsitzungsperioden, die bis zum Beginn der Sommerferien und der letzten Wahlkampfphase verbleiben, wird die sachliche Arbeit in den genannten Schwerpunktbereichen im Vordergrund stehen - begleitet von vielfältigen und ziel-sicheren Aktivitäten der Parteiorganisationen. Die SPD wird dabei ihre Aufgabe vor allem darin sehen, den freiheitlichen und sozialen Rechtsstaat zu verteidigen. Die Lösung der kommenden Monate "Hessen bleibt sozial und frei" ist wohlbegründet und zeigt jedem sozialdemokratischen Mandatsträger und jedem einzelnen Mitglied, um wieviel es bei der Landtagswahl geht: "den Fortbestand Hessens als Land der geistigen Freiheit, der Förderung des Gemeinwohls und der Verpflichtung zu sozialer Gerechtigkeit."

(-/9.1.1978/vo-he/ja)